

Sonderbericht Presseschau20191114

Vormittags:

lug-info.com:

In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen vier mal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt. Dies teilte die Vertretung der LVR im GZKK mit. Beschossen wurden die Gebiete von Kalinowo, Kalinowka und Nishneje Losowoje. Geschossen wurden mit 82mm-Mörsern und Granatwerfern.

dnr-sckk.ru:

Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 13. November 3:00 bis 14. November 3:00

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 15.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften:

Dolomitnoje, Schirokaja Balka, Spartak, Donezk (Terminal des Flughafens, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Petrowskoje, Kulikowo.

Wie zuvor mitgeteilt wurde, erlitt ein Mann, geb. 1965, wohnhaus Schestakow-Straße 139, in der Folge eines Beschusses der BFU auf die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks ein Schussverletzung am mittleren Drittel des linken und rechten Oberschenkels. Der Verletzte wurde in das Stadtkrankenhaus Nr. 14 eingeliefert.

Außerdem wurden folgende Schäden festgestellt:

- Karnawalnaja-Straße 30 (Gasleitung);
- Tschernogorokskaja-Straße 44 (Fensterverglasung und Wirtschaftsgebäude);
- Lugowskij-Straße 40 (Zaun, Gasleitung);
- Dshamil-Straße 11 (Fensterverglasung und Fassade).

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 329.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der abgefeuerten Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht.

In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 147.

Ab 01:01 am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

Lug-info.com:

Der 91. Konvoi des Zivilschutzministeriums Russlands mit humanitärer Hilfe für die Einwohner des Donbass ist in Lugansk eingetroffen.

Das Zivilschutzministerium der LVR teilte mit, dass 14 Lastwagen 142,7 Tonnen humanitäre Hilfe nach Lugansk geliefert haben. Darunter sind 17.960 Lebensmittelpakete für Kinder unter einem Jahr und 7320 Lebensmittelpakete für Kinder von einem bis drei Jahren.

Dan-news.info:

Der 91. humanitäre Konvoi des Zivilschutzministeriums der RF ist in der Hauptstadt der DVR eingetroffen. Es wurden 42.240 Lebensmittelpakete für Kinder bis drei Jahre geliefert.

Nachmittags:

armiyadnr.su:

Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 14.11.2019
In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer 15 mal das Feuer auf Gebiete von Ortschaften der Republik eröffnet.

In Richtung Gorlowka haben Strafsoldaten Kaschtschenkos aus der 58. Brigade und Schapowalows aus der 59. Brigade Dolomitnoje und Schirokaja Balka mit 82mm-Mörsern und Schusswaffen beschossen.

In Richtung Donezk haben Kämpfer Martschenkos aus der 28. und Iwanows aus der 56. Brigade der BFU die Gebiete von Spartak, der Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks und des Donezker Flughafens mit 82mm-Mörsern, Abwehrgeschützen, Schützenpanzerwaffen, Antipanzergranatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

In Richtung Mariupol haben Kämpfer der 36. Brigade Gnatows und des kommissarischen Kommandeurs der 128. Brigade Gontscharuk die Gebiete von Petrowskoje und Kulikowo mit Schützenpanzerwaffen, automatischen Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt haben die ukrainischen Kämpfer auf das Territorium der Republik 329 verschiedene Geschosse abgefeuert.

In der Folge des Beschusses der Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks in Donez erlitt ein friedlicher Einwohner, geb. 1965, eine Verletzung, außerdem wurden zwei Wohnhäuser in der Tschnogorskaja-Straße 44 und der Dshamil-Straße 11, zwei Gasleitungen in der Karnawalnaja-Straße 30 und der Lugowskij-Straße 40 beschädigt. Eine Störungsbrigade des staatlichen Unternehmens „Donbasstransgas“ hat Reparaturarbeiten zur Beseitigung der Schäden an der Gasleitung durchgeführt und die Gasversorgung wieder in Betrieb genommen.

Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzte unter der friedlichen Bevölkerung werden noch ermittelt.

Die Verteidiger Republik kontrollieren die Handlungen des Gegners an der gesamten Kontaktlinie und halten dabei das Regime der Feueereinstellung ein.

Um Ermittlungen zum Terrorakt gegen den Kommandeur der 128. Gebirgsturmbriade durchzuführen, ist in dem Verband eine Kommission des Stabs der OOS und des militärischen Rechtsordnungsdienstes eingetroffen. Im Gebiet von Bogdanowka wurden Festnahmen und Entwaffnungen von Nationalisten festgestellt, außerdem wurden bewaffnete Auseinandersetzungen regulärer Einheiten der BFU mit Radikalen bemerkt. Es gibt Verluste auf beiden Seiten.

Um die Nationalisten zu unterstützen, sind in der OOS-Zone Gruppen von Mitgliedern der ukrainischen Organisation „Ethnische nationale Vereinigung“ (ENV) eingetroffen. Es wurde festgestellt, dass die ENV gegründet wurde, um die ukrainischen nationalistischen Formationen zu koordinieren und zu unterstützen.

So wurde der Terrorakt zum Impuls für eine breite innenpolitische Verschärfung nicht nur in der OOS-Zone, sondern auch in der Tiefe des Landes und er ist auf die Diskreditierung des derzeitigen Präsidenten der Ukraine und seinen Sturz gerichtet.

Eine Bestätigung dieses Sachverhalts ist die Erklärung des Ex-Leiters des „Rechten Sektors“, des Nationalisten der UDA D. Jarosch, dass die Zeit gekommen sei, sich auf eine vorzeitige Beendigung der Vollmachten des Präsidenten und des Parlaments vorzubereiten.

Wir stellen weiter fest, dass in der Ukraine das Gesetz „Über die materielle Verantwortlichkeit von Soldaten“ angenommen wurde, gemäß dem Funktionsträger eine materielle Verantwortung für ihnen zugewiesenes Material tragen. So wurde uns bekannt, dass gemäß einer Verordnung des Leiters des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte Generalleutnant R. Chomtschak die Kommandeure von Truppenteilen angewiesen wurden, bis zum 1. Dezember alle Drohnen, die sich in Reparatur befinden, in die Lage zu geben. Aber im Zusammenhang damit, dass

die Drohnen bereits lange verkauft wurden und nur auf dem Papier in Reparatur sind, planen die für sie verantwortlichen Personen einen vorsätzlichen Brand der Reparaturwerkstätten.

mil-lnr.info:

Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponenko

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner vier mal das Regime der Feuereinstellung verletzt.

In Richtung Debalzewo haben Kämpfer der 59. Brigade der ukrainischen Streitkräfte auf Befehl des Verbrechers Schapowalow die Gebiete von Nishneje Losowoje und Kalinowka mit 82mm-Mörsern und automatischen Grandwerfern beschossen und 14 Mörsergeschosse und zehn Granaten abgefeuert.

In Richtung Popasnaja haben Strafruppen der 72. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Bogomolow zehn Schüsse mit Granatwerfern auf Kalinowo abgegeben.

Insgesamt wurden 30 verschiedene Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Die ukrainischen Besatzer nutzen weiter Objekte der zivilen Infrastruktur zur Stationierung von Waffen und Militärtechnik.

Unsere Aufklärung stellt die Stationierung von sechs Panzertransportern in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern in Stschastje und von einem Panzertransporter in Rajgorodok mit. Diese

Informationen werden auch von der OSZE-Mission bestätigt....

Nach Angaben von Quellen hat am 13. November ein Soldat der 46. Luftsturmbrigade in Gejewka in betrunkenem Zustand versucht, sich das Auto eines örtlichen Einwohners anzueignen, indem er ihn mit der Waffe bedrohte. Der Soldat wurde von Mitarbeitern der Polizei festgenommen und dem militärischen Rechtsordnungsdienst übergeben. ...

dnronline.su:

Beim Arbeits- und Sozialministerium der DVR fand eine Sitzung zur Frage der Senkung der Zahl der Berufserkrankungen in der Unternehmen der DVR statt, an der Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft, der Kohle- und Energieministeriums, des Gesundheitsministeriums, des Sozialversicherungsfonds für Arbeitsunfälle und Berufserkrankungen, des staatlichen Komitees für technische und Bergbauaufsicht, des Sozialversicherungsfonds für zeitweilige Arbeitsunfähigkeit und Mutterschutz, der staatlichen Inspektion für Fragen der Einhaltung der Arbeitsgesetzgebung, der Gewerkschaftsföderation, des republikanischen Zentrums für sanitärepidemiologische Aufsicht, des republikanischen Zentrums für medizinisch-soziale Expertise, des republikanischen klinischen Krankenhauses für Berufserkrankungen sowie der Bevollmächtigten für Fragen von Arbeitsschutz in den staatlichen Bergwerken „Toresantrazit“ und „Komsomolez Donbassa“.

Der stellvertretende Arbeits- und Sozialminister Denis Streltschenko erläuterte, dass die Aktualität der Veranstaltung durch ein Anwachsen von Berufserkrankungen in der Republik im Vergleich zu 2017 und 2018 bedingt ist. ...

Nach den Worten des Vorsitzenden des Sozialversicherungsfonds für Arbeitsunfälle und Berufserkrankungen Wladimir Arnow haben Spezialisten des Fonds in den ersten 9 Monaten 2019 194 Fälle von Berufserkrankungen erfasst und untersucht. Im analogen Zeitraum 2018 und 2017 waren es 164 bzw. 147 Fälle. Bei den kohlefördernden Betrieben war es 187 Fälle, 2018 bzw. 2017 160 bzw. 142.

Er unterstrich, dass die Ursachen für Berufserkrankungen nicht nur ungünstige schwere und schädliche Produktionsfaktoren sind, die die geltenden Kennziffern übersteigen, die Unvollkommenheit von Produktionstechnologien und Ausrüstung sind, sondern auch das Fehlen von individuellen und kollektiven Schutzmitteln, das Ignorieren von prophylaktischen und Rehabilitationsmaßnahmen. Ausgehend davon ist es notwendig, Fragen der Erhöhung der Verantwortlichkeit der Leiter für die Organisation des Arbeitsschutzes in konkreten Unternehmen aufzuwerfen.

Außerdem wurden Fragen wie die Qualität medizinischer Untersuchungen, von Prophylaxe- und Rehabilitationsmaßnahmen erörtert.

Im Ergebnis schlugen die Teilnehmer eine Liste konkreter Maßnahmen für die Unternehmen der Republik vor, unter anderem für den Kohlebergbau.

Lug-info.com/Dan-news.info:

Das Projekt zur Integration des Donbass demonstriert die Doppelzüngigkeit der heutigen Regierung der Ukraine, die sie von ihren „Kuratoren“ übernommen haben. Dies erklärte heute der Vorsitzende der gesellschaftlichen Kammer der LVR Alexej Karjakin.

In den sozialen Netzwerken war ein Entwurf einer staatlichen Strategie zur sicheren Reintegration des Donbass verbreitet worden, der vom Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine verbreitet worden war. Insbesondere sieht er die Umsiedlung der Einwohner der Republiken zum Zwecke ihrer „Reukrainisierung“ in zentrale und westlichen Regionen der Ukraine vor.

„Fast ein halbes Jahr hat dieser grüne Clown (Selenskij) die Gehirn gepudert und einen möglichst friedliche Regelung des Konflikts und eine „mentale Rückkehr“ der Bürger versprochen und was kommt tatsächlich heraus? Nach den ins Netz geratenen Dokumenten gibt uns der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine einen Monat, um den Donbass zu verlassen. Und wenn man das nicht tut – was dann? Die Nationalisten werden die Verbliebenen mit der gesamten Härte der Verfassung der „unabhängigen Ukraine“ und gemäß ihren faschistischen Idolen verurteilen“, sagte Karjakin.

„Das ist noch schärfer als die vielseitigen Pläne der vorhergehenden Sprachrohre Kiews. Denn jetzt bestätigt der hirnlose Präsident offen, dass er nur das Land will, verbrannte Erde ohne Bevölkerung“, erklärte er. ...

„Aber nun nach den Wahlen hat man in Kiew beschlossen, die friedliebenden Pläne zu vergessen und hat das wahre Gesicht des ukrainischen faschistischen politischen Kurses gezeigt. Man hat nicht vor mit den Bürgern zu verhandeln, das Volk soll unterdrückt werden, denn dafür braucht man keinen Verstand. Aber in Kiew hat man offensichtlich bis heute nicht verstanden: Der Donbass wird niemals im Staatsverband der Ukraine sein“, sagte im Zusammenhang mit diesen Dokumenten der Abgeordnete des Volkssowjets der DVR Wladimir Medwedjew.

Lug-info.com:

Das Mitglied des Rats der Gewerkschaftsföderation der LVR, der Vorsitzende der republikanischen Organisation der Arbeiter innovativer und kleiner Unternehmen Andrej Kotschetow hat bei einem Besuch in Brasilien Kollegen über das Geschehen im Donbass berichtet.

Die Gewerkschaftsföderation gab bekannt, dass Kotschetow auf Einladung von Kollegen in Brasilien ist.

„Nach der Ankunft im Staat Rio Grande do Sul, im südlichen Teil des Landes, fand ein Treffen des Vertreters der Gewerkschaftsföderation der LVR mit Aktivisten der Gewerkschaft Sintergs statt, der Beschädigten des Hochschulwesens angehören. Für brasilianische Verhältnisse ist dies eine kleine Gewerkschaft, sie hat etwa 90.000 Mitglieder“, teilte die Gewerkschaftsföderation der LVR mit.

„Der Vertreter der LVR berichtete den brasilianischen Kollegen über die Situation im Donbass, die anhaltende Aggression von Seiten der Ukraine, der Blockade von vier Millionen Einwohnern der LVR und der DVR sowie über die Unterstützung von Seiten Russlands durch humanitäre Hilfe“, heißt es weiter.

Kotschetow teilte mit, dass im Informationsbereich Brasilien nur offizielle Informationen der ukrainischen Seite zu finden sind, deshalb ist dort sehr wenigen von den Ereignissen im Donbass bekannt.

„Und obwohl der Mehrheit unserer brasilianischen Kollegen die Situation im Donbass im allgemeinen bekannt ist, waren viele Einzelheiten für sie völlig neu. Deshalb kamen viele Fragen über die Situation in den Volksrepubliken im ganzen und die Gewerkschaftsbewegung der LVR im besonderen auf. Die Unterhaltung dauerte drei Stunden“, sagte er.

Er fügte hinzu, dass nach dem Regierungsantritt der rechtsradikalen Regierung die Lage der einfachen Werktätigen sich heftig verschlechtert hat.

„Der staatliche Sektor der Ökonomie wird in private Hände gegeben. Dies wirkt sich auf die

einfachen Arbeiter negativ aus. Auch die Lehrer sind davon betroffen, die schon seit Monaten nur einen Teil ihrer Löhne erhalten. Dabei versucht die Regierung der Region nicht einmal, einen Dialog zu organisieren. Deshalb haben die Lehrer gemeinsam mit der Gewerkschaft eine langfristige Mahnwache am Gebäude der Verwaltung des Gouverneurs des Staates Rio Grande do Sul organisiert“, berichtete Kotschetow.

„Als sie erfuhren, dass ein Vertreter der LVR in der Stadt ist, luden sie mich ein, mich mit ihnen zu treffen. Dieses Treffen fand direkt vor dem Verwaltungsgebäude statt und wir diskutierten über die Situation im Bildungsbereich des Staates. Die Kollegen erzählten, dass die Mahnwache schon vier Wochen dauert und weil es keinerlei Reaktion darauf gibt, hat die Lehrgewerkschaft eine Massendemonstration mit einigen tausend Menschen geplant. Ich sprach den Kollegen meine Unterstützung aus und wünschte ihnen Erfolg im Kampf um ihre Rechte“, sagte er.

„Der Besuch ist sehr angefüllt, jeden Tag finden mehrere Treffen statt, bei denen Gewerkschaftsaktivisten eine Menge Fragen über die Situation im Donbass stellen, sich interessieren, mehr wissen wollen, aufrichtig mitfühlen und ihre Unterstützung für die Einwohner der LVR und der DVR äußern“, erzählte Kotschetow.

Dan-news.info:

„Eine Videokonferenz der humanitären Untergruppe kann unter den Bedingungen stattfinden, dass die ukrainische Seite Informationen über die festgehaltenen Unterstützten der DVR und Garantien für deren prozessuale Freistellung liefert“, teilte die Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR, die Vertreterin der DVR in der humanitären Untergruppe Darja Morosowa mit. Sie fügte hinzu, dass die nächste reguläre Sitzung in Minsk am 27. November stattfinden wird.

dan-news.info:

Kommentar der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa über die Aussage Pristajkos über den Ausstieg aus den Minsker Vereinbarungen

Die Informationsprovokationen, die Vertreter der Ukraine mit recht guter Regelmäßigkeit durchführen, sind so häufig und weit von der Realität geworden, dass die berechnete Frage aufkommt – gibt es auch nur noch einen vernünftigen Menschen, der sie ernst nimmt.

Mit der Aussage, dass Kiew den Ausstieg aus dem Minsker Prozess vornehmen wird, wenn dieser „endlos läuft“, stellt Herr Pristajko seine eigene Kompetenz als Außenminister der Ukraine in Frage. Anders ist es schwer zu erklären, warum ein Beamter, der sich als führender Diplomat des ukrainischen Staates ansieht, sich erlauben kann, die absolute Missachtung der Minsker Vereinbarungen zu erklären, die der einzige wirksame Plan für eine friedliche Regelung des Konflikts im Donbass sind. Mit derselben Unbekümmertheit gibt der Außenminister der Ukraine zu verstehen, dass ihm und dem Staat, den er vertritt, alle Anstrengungen der Garantenstaaten der Minsker Vereinbarungen und selbst des UN-Sicherheitsrats, den den Maßnahmenkomplex in einer Resolution gebilligt hat und ihm damit den Status eines internationalen Rechtsaktes gegeben hat, egal sind. Kiew stört auch nicht, dass seine „westlichen Partner“ im Falle eines Scheiterns des Minsker Prozess nicht zufrieden sein werden – Herr Pristajko gibt in seiner Erklärung offen zu, dass ihm diese Folge bewusst ist. Außerdem hat der Chef der ukrainischen Diplomaten versehen aus dem Blick verloren, dass nun einmal die ukrainische Seite den Verhandlungsprozess „unendlich“ macht, indem sie ständig die Erörterung und das Fassen von Beschlüssen auf den Sitzungen in Minsk sabotiert und vorsätzlich verzögert. Aber nicht von dem Aufgezählten hält die ukrainische Regierung von bis zum äußersten absurden Aussagen ab.

Wir rufen die ukrainischen Vertreter ein weiteres Mal auf, aus der Welt der Illusionen auf unsere irdische Realität zurückzukommen und endlich die einfache Wahrheit zu erkennen – keine einzige provokative Aussage wird helfen, der Erfüllung ihrer Verpflichtungen nach den Minsker Vereinbarungen zu entgehen. Kiew hätte dies schon lange zur Kenntnis nehmen müssen und damit beginnen müssen, endlich mit etwas Konstruktiven zu beginnen, das in einer effektiven und zuverlässigen Aktivität zur Realisierung der Punkte des Maßnahmenkomplexes in Abstimmung mit den Vertretern der Republiken besteht.

Dnronline.su:

Heute fand eine Besprechung des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin mit den Leitern von Städten und Bezirken statt.

„Die Sozialpolitik der DVR ist unmittelbar auf den Menschen und für den Menschen gerichtet. Ausgehend davon existiert die reale Notwendigkeit, die Zahl der Mitarbeiter in den Abteilungen für Arbeit und soziale Sicherheit der Städte und Gemeinden zu optimieren. Das Arbeits- und Sozialministerium muss gemeinsam mit den Verwaltungen von Städten und Bezirken die Fragen, die mit der Qualität der sozialen Dienstleistungen zusammenhängen, bearbeiten“, sagte Denis Puschilin.

Über die Situation bei den sozialen Dienstleistungen in der Republik berichtete die Arbeits- und Sozialministerin Larissa Tolstykina. „Es ist sehr schwer, die Bedeutung der Systeme der sozialen Sicherheit unter den Bedingungen, in denen sich die DVR befindet, zu überschätzen. Aber leider gibt es derzeit eine Reihe von Schwierigkeiten, die vor allem von der unzureichenden Ausstattung der Abteilungen von Personal und IT-Technik zusammenhängt. Die fehlende IT-Technik führt dazu, dass die Spezialisten unnötig viel Zeit für die Dokumentation aufwenden müssen. 80% der IT-Technik müsste modernisiert werden. Seit Beginn der regulären Zahlungen von sozialer Unterstützung seit Mai 2015 versorgen 31 Abteilungen für Arbeit und soziale Sicherheit monatlich 134.000 Empfängern 14 Arten von Sozialunterstützung aus. Außerdem sind die Arten der staatlichen Unterstützung in diesem Zeitraum gewachsen“, sagte sie. ...

Der Bürgermeister von Donezk erklärte, dass heute in der Republik im Durchschnitt 7 Mitarbeiter der sozialen Dienste auf 10.000 Einwohner kommen, in Donezk sind es nur 4, im Kiewskij-Bezirk wenig mehr als drei.

Das Republikoberhaupt gab dem Arbeits- und Sozialministerium den Auftrag Vorschläge zur Verbesserung der personellen Ausstattung vor Ort bis zum 27. November dieses Jahres zu erarbeiten. Bis zum gleichen Stichtag soll der Bürgermeister von Donezk Änderungen bei der Personalausstattung in der Stadt in Abstimmung mit dem Ministerium vornehmen. Das gleich gilt für die Verwaltung der übrigen Städte und der Bezirke der DVR.